

DIE LINKE. Bayern Äußere Cramer-Klett-Straße 11-13 90489 Nürnberg

Landesvorstand LSVD Bayern

René Mertens

Per E-Mail

Uschi Maxim

Landessprecherin

Ates Gürpınar

Landessprecher

Landesverband Bayern

Äußere Cramer-Klett-Straße
90489 Nürnberg

Schwanthalerstr. 139
80339 München

www.die-linke-bayern.de
uschi.maxim@die-linke-bayern.de
ates.guerpinar@die-linke-bayern.de

Wahlprüfsteine

Nürnberg, den 20. August 2018

Sehr geehrte*r René Mertens,

Vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine, die wir anliegend beantworten. Bei Nachfragen stehen wir gern zur Verfügung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen,

Susanne Lang

-Redaktion Wahlprüfsteine-

1. Homophobie und Transfeindlichkeit in Bayern bekämpfen

1.1. Bayern ist das einzige Bundesland, das keinen „Aktionsplan gegen Homophobie und Transfeindlichkeit“ umgesetzt hat bzw. plant. Werden Sie dafür sorgen, dass Bayern in der kommenden Legislaturperiode einen entsprechenden Aktionsplan auf den Weg bringt? Wenn ja, wie wollen Sie dafür sorgen, dass Vereine und Organisationen aus der Community an der Erstellung beteiligt werden?

1.2. Welchen weiteren Handlungsbedarf sehen Sie bei der Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt gegen LSBTI in Bayern?

Ja, die DIE LINKE. Bayern setzt sich für einen solchen Aktionsplan ein. DIE LINKE hat in Berlin 2009 maßgeblich dazu beigetragen, dass die Akzeptanzinitiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und die Akzeptanz sexueller Vielfalt auf den Weg gebracht wurde. Dies war der bundesweite Startschuss für die weiteren Initiativen. Bayern darf hier keinen Sonderweg gehen. Vereine und Organisationen aus der Community sollten partizipativ an dem Erarbeitungs- und späteren Evaluierungsprozess beteiligt werden.

Ja, wir sehen zahlreichen Handlungsbedarf. In der Antidiskriminierungsarbeit sollte ein Schwerpunkt auf die Akzeptanzförderung in KiTas und an Schulen gelegt werden. Projekte der Community sollte unterstützt und gefördert werden, um die gesellschaftlichen Sichtbarkeit zu erhöhen. Des Weiteren sollten Staatsanwaltschaften und Polizei hierzu besonders sensibilisiert werden (siehe auch Antworten zu 5)

2. Regenbogenkompetenz in Schule und Unterricht

2.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Schulen die Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten fächerübergreifend thematisieren? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Ziel verwirklichen?

2.2. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit das Thema „Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten“ Eingang in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften findet?

2.3. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die „Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen“ das Thema „Vielfalt von Lebensweisen und Identitäten“ stärker in den Fokus nehmen und auch in den Grundschulen Familienvielfalt als Querschnittsthema mitgedacht wird?

Ja, die Vielfalt der Lebensweisen muss zwingend in allen Fächern verankert werden. Hierfür bedarf es eines Sets von Maßnahmen. Erweiterung der Rahmenrichtlinien, Sensibilisierung der Lehrkräfte, Projekttag zu Vertiefung, nicht-heteronormative Schulbücher und vor allem eine Verankerung des Themas Vielfalt in der Aus- und Weiterbildung.

Ja, die Vielfalt der Lebensweisen sollte in allen Bereichen/Fächern ein verpflichtendes Thema in der Ausbildung sein. Dabei geht es darum, die Lehrkräfte auf die schlimmen Folgen von Diskriminierungen im späteren Lebensverlauf der Kinder und Jugendlichen aufmerksam zu machen. Weiterbildungsangebote in Kooperation mit Projekten der LSBTTI-Community sind vom Land zu unterstützen und zu fördern.

Die Berliner Erfahrungen, sowie weiterer Bundesländer haben gezeigt, dass die Veränderung der Richtlinien, die die Akzeptanz der Vielfalt in allen Fächern verankert, ein zwingender Schritt ist, aber erst die in 2.1 und 2.2 benannten Maßnahmen nachhaltige Wirkung zeigen.

3. Vielfalt und Respekt in allen Lebensaltern fördern

3.1. Wie wollen Sie sicherstellen, dass junge Menschen im Coming-out Unterstützung erhalten, die sie stärkt und auf den Weg der Persönlichkeitsfindung wertschätzend begleitet?

3.2. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, damit inter- und transgeschlechtliche sowie gender-non-konforme Menschen rechtssichere, verlässliche und akzeptierende Rahmenbedingungen in Bildungs- und Freizeiteinrichtungen vorfinden?

3.3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote der Altenpflege LSBTI-inklusiv ausgestaltet werden? Welche Vorschläge haben Sie hierzu?

Junge Menschen sollten früh in ihrer Persönlichkeitsfindung unterstützt werden. Hierzu bedarf es eines gesellschaftlichen Klimas der Akzeptanz der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt. Insbesondere die Regenbogenkompetenz an Schulen ist hier ein wichtiger Baustein, aber ebenso die Stärkung von Strukturen des Empowerments für LSBTTI und ihr Umfeld. Hier sollte Bayern verstärkt die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt fördern indem es endlich ausreichend LSBTTI-Strukturen fördert, die gerade junge Menschen ansprechen.

Bildungs- und Freizeiteinrichtung sind wichtig für heranwachsende Menschen. Gerade deshalb ist es von Bedeutung, dass es hier nicht zu Diskriminierungen kommt. Das Land Bayern sollte die Träger dieser Einrichtungen für die Belange von LSBTTI sensibilisieren und Weiter- und Fortbildungsangebote für die Mitarbeiter in diesen Einrichtungen für einen diskriminierungsfreien Umgang mit trans- und intergeschlechtlichen Menschen fördern, bzw. diese anbieten.

In der Altenpflege sollte es gezielte Weiter und Fortbildungsangebote für die Pflegekräfte zum Umgang mit LSBTTI geben. Die Vereine „Lesben im Alter“ und „Schwule im Alter“ habe zahlreiche Vorschläge erarbeitet. Das Land Bayern sollte mit den Vereinen zusammenarbeiten und schauen, inwiefern es behilflich sein kann bei der Umsetzung. Des Weiteren sind Leuchtturmprojekte sinnvoll, also die Förderung von Alteneinrichtungen speziell für LSBTTI, so wie es diese schon für Lesben und Schwule in einigen Städten gibt.

4. LSBTI-inklusive Flüchtlings- und Integrationspolitik umsetzen

4.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass LSBTI-Geflüchtete vor Gewalt außerhalb wie innerhalb von Unterkünften in Bayern geschützt werden?

4.2. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Selbstorganisationen von LSBTI mit Migrationsgeschichte in Bayern zu fördern?

DIE LINKE streitet für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus und gegen rassistische Angriffe ist eine Aufgabe aller Demokrat_innen. Wir müssen die zivilgesellschaftlichen Initiativen unterstützen und dem Rechtsextremismus eine klare Kante zeigen. Straftäter müssen konsequent strafrechtlich verfolgt werden. LSBTI-Geflüchtete müssen vor Verfolgung geschützt werden. Zum Schutz vor Übergriffe in Unterkünften oder in Aufnahmeeinrichtungen sind Mitarbeiter_innen der Einrichtungen, dies betrifft insbesondere das Sicherheitspersonal, besonders zu schulen. Es hat sich als sinnvoll erwiesen besondere Einrichtungen für LSBTTI-Geflüchtete zu schaffen. Auch in Bayern sollte dies gefördert werden. Diese Einrichtungen existieren

bislang nur in wenigen Städten. Sie müssen aus Sicht der LINKEN bundesweit ausgebaut werden. Gerade restriktive und staatliche Maßnahmen wie die Residenzpflicht sind hier gerade für LSBTI-Geflüchtete hinderlich. Es sollte einen gesonderten Ansprechpartner im BAMF zu dieser Thematik geben, der mit besonderen Befugnissen ausgestattet ist, sodass LSBTI-Geflüchtete umgehend aus einer gefährdeten Situation gelangen.

Das Land sollte mit finanziellen Mitteln sowie der politischen Unterstützung die Selbstorganisation fördern, dazu sollte es das Projekt „Queer Refugees Deutschland“ zu Rate ziehen oder/und dieses direkt unterstützen.

5. Homophobe und transfeindliche Hassgewalt bekämpfen

5.1. Werden Sie sich dafür engagieren, dass Polizei- und Strafverfolgungsbehörden für das Thema „homophobe und transfeindliche Gewalt“ sensibilisiert werden und das Thema verbindlich in die Aus- und Fortbildung von Polizist*innen, Richter*innen und Staatsanwält*innen integriert wird? Wenn ja, welche konkreten Vorschläge haben Sie hierzu?

Ja, dies unterstützt DIE LINKE.Bayern. Des Weiteren halten wir es für sinnvoll, dass es Ansprechpartner bei der Polizei und den Staatsanwaltschaften nach dem Vorbild Berlin gibt.

5.2. Beabsichtigen Sie sich dafür einzusetzen, dass in Bayern eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen?

Ja, den wir benötigen in Deutschland dringend mehr evidente Informationen über das Ausmaß und den Umgang mit dieser Gewalt. Des Weiteren sollten mögliche strukturelle Diskriminierungen innerhalb von Polizei und Staatsanwaltschaften beleuchtet werden.

5.3. Werden Sie sich in Ihrer Regierungsverantwortung dafür einsetzen, dass die polizeilichen Erfassungssysteme in Bayern reformiert werden, um LSBTI-feindliche Hasskriminalität in ihrem realen Ausmaß sichtbar zu machen?

Ja, auch dies unterstützen wir. Nach dem Berliner Vorbild sollte diese Hasskriminalität auch unverzüglich der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

6. Vielfalt im Familienland Bayern fördern

6.1. Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in bayerischen Institutionen der Familienplanung bzw. –hilfe (Jugendämter, Schulen, Kitas etc.) oder des Familienalltags zu fördern?

Regenbogenfamilien sind eine gesellschaftliche Realität. Die Anerkennung und Akzeptanz sowie Förderung sollte eine Selbstverständlichkeit sein. DIE LINKE.Bayern tritt für einen Wandel der Verwaltungen ein. Dies kann nur mit einem Ausbau von Fort und Weiterbildungsprogrammen und politischer Unterstützung geschehen. Des Weiteren sollte im Rahmen der Akzeptanzinitiative für die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt Regenbogenfamilien ein herausragendes Thema sein.

6.2. Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?

DIE LINKE tritt an diesem Punkt für die völlige Gleichstellung ein. Hier sollte die Bundesgesetze so geändert werden, dass der bisherige Ausschluss überwunden wird. Im Falle einer Regierungsbeteiligung wird sich DIE LINKE hier für eine Bundesratsinitiative stark machen.

6.3. Wollen Sie sich für die vollständige Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien bei Entscheidungen über Pflegschaft und Adoption einsetzen? Wenn ja, wie wollen Sie ihr Ziel erreichen?

Ja, dafür streitet DIE LINKE. Auch hier bedarf es eines Wandels der Verwaltungen. Diskriminierungen müssen innerhalb der Institutionen abgebaut werden.

7. Diskriminierungsschutz in der Landesverfassung stärken

7.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bayerische Landesverfassung um einen neuen Artikel 118b erweitert wird, der die Diskriminierung aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität untersagt und die Rechte von LSBTI stärkt?

Ja, dies halten wir für sinnvoll, ebenso wie die Erweiterung des Grundgesetzes in Artikel 3 Absatz 3.

8. Beratungs- und Unterstützungsstrukturen langfristig absichern

8.1. Wollen Sie dafür sorgen, dass LSBTI-Beratungs- und Unterstützungsprojekte in Bayern und besonders im ländlichen Raum über Landesmittel langfristig finanziert werden?

Ja, dies halten wir für sinnvoll. Zudem sollte man sowohl mit den bestehenden Strukturen, wie z.B. den Aids-Hilfen, kooperieren als auch darüber hinaus gehende niedrigschwellige Netzberatungsangebote andeuten und umsetzen.

9. Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

9.1. Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass LSBTI Zugang zu einer geschlechter- und diversitätsgerechten Gesundheitsversorgung haben, die sich an ihren Bedürfnissen orientiert?

„Alle Menschen sollten gleichermaßen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben. In der Musterberufsordnung für Ärztinnen und Ärzte heißt es: „Jede medizinische Behandlung hat unter Wahrung der Menschenwürde und unter Achtung der Persönlichkeit, des Willens und der Rechte der Patientinnen und Patienten, insbesondere des Selbstbestimmungsrechts, zu erfolgen.“ Die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität verletzt die Menschenwürde. Schon jetzt sind also Ärztekammern und die Landesbehörden aufgefordert, im Rahmen ihrer Aufsichtsfunktion gegen diskriminierende Behandlung durch Ärztinnen und Ärzte vorzugehen.

Die Politik hat zwar keinen direkten Einfluss auf die Leistungserbringung und auch nicht auf die Berufsordnungen der Ärztekammern. Doch die kommende Landesregierung sollte auf die Landesärztekammer zugehen damit diese wiederum sich innerhalb der Bundesärztekammer stark macht und auf die Aufnahme eines entsprechenden konkretisierenden Passus' in die Musterberufsordnung hinwirkt, der dann natürlich auch andere Gruppen betreffen kann. Entscheidend bleibt jedoch die Durchsetzung und da sehen wir teils erhebliche Defizite innerhalb der ärztlichen Selbstverwaltung.

9.2. Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Ja, DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dort, wo es in den Bereich der Landeskompetenzen fällt, ein kultursensibler Umgang mit LSBTTI in der Aus- und Weiterbildung von Arbeitenden in Pflege und Gesundheit festgeschrieben wird.

10. Regenbogenkompetenz in Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften erhöhen

10.1. Was planen Sie, um den Dialog zwischen Religions-/Weltanschauungsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und LSBTI zu befördern, um gemeinsam für Akzeptanz einzutreten?

Häufig wird die Religion gegen die Akzeptanz der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt ausgespielt. DIE LINKE setzt sich für den Dialog ein. Nur wer miteinander redet, kann langfristig Vorurteile überwinden. Politische Entscheidungsträger können sich für diesen Dialog stark machen und Foren schaffen, sie sollten zum Dialog ermutigen und die dafür nötigen Rahmenbedingungen ermöglichen.

11. Für Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten in der Bundespolitik eintreten

11.1. Wollen Sie sich in der neuen Legislatur dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzt wird?

Ja, dafür machen wir uns stark. Hierzu sollte eine Initiative vom Land Bayern im Bundesrat ausgehen.

11.2. Unterstützen Sie auf Bundesebene eine umfassende Reformierung des Transsexuellengesetzes (TSG), um die Hürden auf dem Weg zur Vornamens- und Personenstandsänderung zu beseitigen?

Ja, dafür treten wir ein. Alle Menschen sollten unbürokratisch ihren Personenstand und ihren Vornamen ändern können.

11.3. Werden Sie sich für eine schnelle Umsetzung des BVerfG Beschlusses zur Reformierung des Personenstands einsetzen und auch auf Landesebene Handlungsfelder identifizieren, um erste Schritte auf den Weg bringen?

Ja, dafür setzen wir uns ein. Auch vom Land Bayern sollte hierzu Initiative ausgehen, z.B. zu einem diskriminierungsfreien Toilettengang und diskriminierungsfreien Behördenanschriften.

12. Bayern setzt sich international für die Menschenrechte von LSBTI ein

12.1. Beabsichtigen Sie das Thema Menschenrechte von LSBTI auch in der Bayerischen Staatsregierung zu etablieren und in den internationalen Beziehungen sowie in der Entwicklungszusammenarbeit des Landes mitzudenken? Welche Ideen haben Sie hierzu?

DIE LINKE fordert den konsequenten Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, allerdings unter der Prämisse, dass dies nicht nach den wirtschaftlichen Paradigmen der Geberländer, also einer Fortführung des neoliberalen Diktats geschieht, bei der die Menschen des Südens in noch mehr Abhängigkeit geraten, so wie dies in Teilen bislang geschieht. Wir fordern Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit im Hinblick auf eine soziale, gerechte und emanzipatorische Gesellschaft. In den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit muss die Kooperation mit LSBTI-gruppen und Vertreter*innen verankert werden

Löblich sind die Yogyakarta-Prinzipien, die 2007 erstmalig einen umfassenden Katalog der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle Orientierung und die geschlechtliche Identität vorgelegt haben. Daran sollte sich auch das Land Bayern orientieren mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung steht zudem ein sehr guter Kooperationspartner zur Verfügung.